

Ressort: Politik

Ex-Ausländerbeauftragte fordert Neuregelung beim Asylrecht

Berlin, 22.05.2018, 00:06 Uhr

GDN - Vor dem Hintergrund des aktuellen Skandals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat die ehemalige Ausländerbeauftragte Berlins und Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Berlin, Barbara John, scharfe Kritik an der Asylgesetzgebung in Deutschland geübt. In einem Beitrag für "Bild" (Dienstausgabe) warnt John, Missstände wie in der BAMF-Außenstelle in Bremen könnten "auch woanders passiert sein".

Der Skandal zeige, "wie überfordert unsere Verwaltung mit dem Ansturm Hunderttausender Flüchtlinge ist. Dieser Berg von Asylakten und unzähligen Gegenklagen lässt sich nicht fehlerfrei abarbeiten." John ruft in ihrem "Bild"-Beitrag zu einer "Schubumkehr beim Asylrecht und bei der Zuwanderung" auf: "Wir müssen umstellen von einem Komm-System auf ein Hol-System. Bisher darf Asyl beantragen, wer seinen Fuß auf deutschen Boden setzt. Stattdessen sollten wir Anträge aus den Herkunfts- oder Drittstaaten akzeptieren - und in nachgewiesenen Fällen Flüchtlinge zu uns holen. Nur so gewinnen wir wieder Kontrolle." Zugleich bemängelt die ehemalige Ausländerbeauftragte, Deutschland gebe für Flüchtlinge im Lande zu viel aus im Vergleich zur Hilfe für Flüchtlinge in anderen Staaten: "Bisher geben wir rund 30 Milliarden Euro aus für 1,6 Millionen Flüchtlinge in Deutschland - untergebracht und versorgt nach deutschen Standard. Aber für weltweit 66 Millionen Menschen auf der Flucht hat das UN-Flüchtlingshilfswerk gerade sieben Milliarden zur Verfügung - das ist zutiefst ungerecht!" Nach Ansicht Johns braucht Deutschland "ein Einwanderungsgesetz und ein Gesetz über humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen - beides sauber voneinander getrennt und mit jährlich neu festgelegten Quoten". In Staaten wie Kanada oder Neuseeland werde dies bereits erfolgreich praktiziert. Deutschland lasse dagegen zu, "dass alles, was der Asylbewerber angibt, ohne Papiere, ohne Nachweis, nur durch Plausibilitätsprüfung übernommen wird". Damit fordere die deutsche Politik "geradezu heraus, dass viele Flüchtlinge ihre Pässe wegwerfen und die Geschichte mit den besten Erfolgsaussichten präsentieren". John fordert zudem "mehr Konsequenz bei der Abschiebung. Szenen wie beim Aufstand von Bewohnern eines Flüchtlingsheims in Ellwangen dürfen sich nicht wiederholen. Auch Mitschüler, Arbeitskollegen, Nachbarn von Abzuschiebenden haben sich schon solidarisiert und Rückführungen zu verhindern versucht." Dies sei "sympathisch falsch". Asyl sei "eine rechtliche Garantie, keine private". Die CDU-Politikerin warnt in "Bild", Deutschland werde "zunehmend gespalten in die Anhänger eines 'Bleiberechts für alle' und den Vertretern eines Zuwanderungsstopps. Nur wenn die Politik einen Mittelweg findet, können wir diese Spaltung aufhalten und einen fortlaufenden Siegeszug der AfD verhindern."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-106490/ex-auslaenderbeauftragte-fordert-neuregelung-beim-asylrecht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com